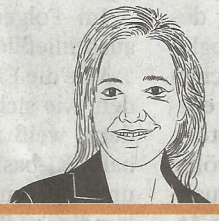

Welt am Sonntag
17.9.23

DEUTSCHE DEBATTEN

VON KRISTINA SCHRÖDER

Wir wollen, dass uns Klimaschutz weh tut

Wer eine ältere Immobilie besitzt, weniger begehrte Lage, Dämmung und Heizung, wie es eben in den 60er- und 70er-Jahren Stand der Technik war, der kann sich schon mal drauf einstellen: Sein Eigentum wird künftig nicht mehr viel wert sein, in drastischen Fällen droht der totale Wertverlust. Der aktuelle Rückgang der Preise für solche Immobilien um rund 30 Prozent weist bereits deutlich in diese Richtung.

Das gerade verabschiedete Heizungsgesetz, das für Gebäude auf dem Land, fern vom Gasnetz, nach wie vor lediglich die Optionen Pelletheizung oder Wärmepumpe bereit hält, wirkt. Nun droht die Energieeffizienzrichtlinie der EU. Die will in den einzelnen Staaten jeweils die rund 30 Prozent der Gebäude, die am schlechtesten gedämmt sind, zu umfassenden Sanierungsmaßnahmen verpflichten. Damit kommt sie für Länder wie Deutschland, dessen Gebäudebestand insgesamt bereits eine hohe Energieeffizienz aufweist, besonders teuer. Und das Jahr 2045 naht, das Jahr, für das Deutschland zusätzlich zu den EU-Maßnahmen anstrebt, den Gebäudesektor insgesamt klimaneutral zu machen.

Der Eifer, mit dem sich Deutschland derzeit seiner Gebäude annimmt, folgt dabei einer Logik, die unserer fünfjährigen Tochter komplett einleuchtet: Alle Sektoren sollen gleichermaßen ihren Anteil zur Reduktion der CO_2-Maßnahmen bringen, also ist jetzt der bislang vernachlässigte Gebäudesektor dran. Diese Kindergartenlogik ignoriert aber, dass die Preise für die Vermeidung einer Tonne CO_2 in den einzelnen Sektoren ganz erheblich variieren. Den günstigsten Preis markiert der europäische Emissionshandel, denn er sorgt mit seinem marktwirtschaftlichen Suchmechanismus dafür, dass die nächste Tonne CO_2 immer genau da eingespart wird, wo es am günstigsten ist. Bei rund 80 Euro pro Tonne liegt der Preis derzeit. Beim Einsatz einer Wärmepumpe kostet uns die Einsparung einer Tonne CO_2 zwischen 600 und 1300 Euro, abhängig vom Zustand des Gebäudes und der Art der substituierten Heizung, wie der Magdeburger Ökonom Joachim Weimann vorrechnete. Dem Klima ist es egal, ob wir 80 Euro oder durchschnittlich 1050 Euro für die Vermeidung einer Tonne CO_2 ausgeben, Tonne ist Tonne. Uns sollte es aber nicht egal sein.

Dass diese Frage dennoch nicht im Zentrum der klimapolitischen Debatte steht, liegt daran, dass wir gar nicht gewohnt sind, beim Klimaschutz nach Kosten zu fragen. In der Pandemie war es ähnlich, das Ziel der Eindämmung galt als so sakrosankt, dass der Staat insgesamt 440 Milliarden dafür aufwendete und niemand sich zu fragen traute, ob mit diesen Mitteln, an anderer Stelle eingesetzt, nicht erheblich mehr Leid und Tod hätte vermieden werden können. So ist es heute auch beim Klimaschutz. Das Ziel ist derart erhaben, dass es in Deutschland verpönt ist, über Kosteneffizienz überhaupt nachzudenken. Eine geradezu religiös anmutende Sehnsucht nach Einkehr, Verzicht und Buße in weiten Teilen der Klimabewegung tut ihr übriges.

Daher spielt auch ein Gedanke in der deutschen Debatte keinerlei Rolle, der wahrscheinlich wie kein zweiter zur Senkung unserer Kosten für Klimaschutzmaßnahmen beitragen könnte: Die Überlegung, dass CO_2-Reduktion nicht nur in den einzelnen Sektoren unterschiedlich teuer ist, sondern auch in den verschiedenen Regionen dieser Welt. Wo bisher noch wenig zur CO_2-Einsparung unternommen wurde, lässt sich noch mit einfachen Mitteln viel erreichen – und trägt dort meist auch zur Erhöhung des Lebensstandards bei. Wo die Low-hanging-fruits in Sachen CO_2-Einsparung bereits geerntet sind, wie in Deutschland, bedeutet jedes weitere Prozent Zielerreichung erhebliche Kosten, meist in Form von Verlusten von Freiheit oder Wohlstand.

Artikel 6 des Pariser Klimaschutzabkommens sieht vor, sich diesen Kostenvorteil zunutze zu machen, denn auch hier gilt: Dem Klima ist es egal, wo eine Tonne CO_2 eingespart wird. Dies bedeutet, dass deutscher Klimaschutz zwar mit deutschem Geld finanziert werden, aber nicht unbedingt auf deutschem Boden stattfinden muss. In Form von bilateralen Abkommen können Staaten entsprechende Vereinbarungen treffen, Regelungen, die dafür sorgen, dass die so erreichten Reduktionen nicht doppelt angerechnet werden, gibt es. Bisher ist es in Europa erst ein Land, das diese Möglichkeit nutzt, und es ist bezeichnenderweise kein EU-Mitglied: die Schweiz. Sie nutzt diese Möglichkeit internationaler Kooperation und hat Abkommen unter anderem mit dem Senegal, Ghana und Georgien getroffen. Ein Drittel der nationalen Verpflichtungen zur Treibhausgasreduktion soll so erbracht werden. In Deutschland wird über diese Möglichkeit noch nicht einmal gesprochen, nach der Devise: Deutscher Klimaschutz muss in Deutschland stattfinden – koste es, was es wolle.

Kristina Schröder war von 2002 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2009 bis 2013 Bundesfamilienministerin. Heute ist sie als Unternehmensberaterin und als stellvertretende Vorsitzende von REPUBLIK21 tätig. Sie gehört der CDU an und ist Mutter von drei Töchtern.